



Wohngipfel 2018: Immobilienwirtschaft erwartet Initialzündung für mehr und bezahlbaren Wohnungsbau

Berlin, 19. September 2018 – Die BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland erwartet vom anstehenden Wohngipfel am kommenden Freitag, 21. September 2018, im Bundeskanzleramt einen wesentlichen Impuls für mehr und bezahlbaren Wohnungsbau. Aus Sicht der BID ist das bezahlbare Wohnen die soziale Frage der Gesellschaft und des 21. Jahrhunderts. Von daher begrüßen die BID-Präsidenten, dass der Wohnungsbau mit dem Wohngipfel endlich zur Chefsache geworden ist.

Die Große Koalition hat sich vorgenommen, bis zum Ende der Legislaturperiode 1,5 Millionen neuen Wohnungen zu bauen. 2017 wurden gerade einmal 285.000 Wohnungen errichtet, das ist weit entfernt von der jährlichen Zielmarke von 375.000 Wohnungen. Damit sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt merklich verbessert, müssen deshalb alle Akteure an einem Strang ziehen. Bund, Länder, Kommunen und Immobilienwirtschaft sind gemeinsam in der Verantwortung, damit die Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau zügig verbessert werden. Die Immobilienwirtschaft zumindest möchte bauen!

Die BID erwartet vom Wohngipfel, dass um Sachlösungen gerungen wird und es kein Gipfel der Kompromisse wird. Es gilt, konkrete Lösungsansätze zu finden, wie Bauland mobilisiert, Baukosten gesenkt und Planungs- und Baugenehmigungsverfahren beschleunigt werden können. Zudem muss der Blick auf die Weiterentwicklung ländlicher Regionen geschärft werden.

Regulierende Maßnahmen wie die geplanten Verschärfungen im Mietrecht sind reine sozialpopulistische Diskussionen, die zu keiner einzigen neu gebauten Wohnung führen. Die BID-Verbände appellieren an die Kommunen,

Die Mitglieder der BID:

BFW Bundesverband
Freier Immobilien- und
Wohnungsunternehmen

DDIV Dachverband Deutscher
Immobilienverwalter

GdW Bundesverband deutscher
Wohnungs- und
Immobilienunternehmen

IVD Immobilienverband Deutschland
Bundesverband der Immobilienberater,
Makler, Verwalter und Sachverständigen

vdp Verband deutscher
Pfandbriefbanken

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss



bei der Anwendung des Vorkaufsrechts mit Augenmaß und diskriminierungsfrei vorzugehen.

Die wohnungs- und immobilienwirtschaftlichen Verbände haben im Vorfeld des Wohngipfels zahlreiche Vorschläge ausgearbeitet, deren Zuständigkeiten vorwiegend bei den Ländern liegen, weil schließlich auch vor Ort gebaut wird. Die Mitgliedsverbände der BID erwarten einen nationalen Aktionsplan mit Maßnahmen, die auch über den Koalitionsvertrag hinaus gehen.

Über die BID

In der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland arbeiten die Verbände BFW, DDIV, GdW, IVD, vdp, und ZIA zusammen, um mit gebündelten Kräften gemeinsam inhaltliche Positionen effektiver in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der BID steht der Politik und anderen Wirtschaftszweigen sowie weiteren Verbänden ein unterstützender und durchsetzungsfähiger immobilienwirtschaftlicher Partner zur Seite. Weitere Informationen über die BID finden Sie im Internet unter www.bid.info